

**Nisabasi 5 Kruştar**

**ABONE**

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	1.80	R. M. 8.-
Üç aylık	4.20	" 13.-
Altı aylık	8.-	" 26.-
Bir yıllık	18.-	" 60.-

Yahut mektupla, kâğıt mektupla.

Haftada 5 defa çıkar.

İdarabane

Tekke Cadesi No. 588 ve 587.

Telex adresi: Türkpost.

Telefon: 44.608.

Posta Kutusu: İstanbul 1209.

# Türksche Post

**Preis der Einzelnummern: 5 Kray**

**BEZUGSPREIS**

	Inland	Ausland
Nr. 1 Monat 7. Pfd.	1.80	R. M. 8.-
" 3 Monate "	4.20	" 13.-
" 6 Monate "	8.-	" 26.-
" 12 Monate "	18.-	" 60.-

oder Gegenwert

Ercheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:

Tekke-Caddeesi Nr. 588-587.

Druckerei: Türkpost.

Telefon: 44.608.

Postfach: İstanbul 1209.

## Die neue evangelische Kirchenverfassung

### Bevorstehende Anerkennung durch Reichsgesetz

Berlin, 11. Juli Reichsregierung in dem denkwürdigen Augenblick auszusprechen, da sich der Eintritt der neuen Deutschen Evangelischen Kirche in die Geschichte des Deutschen Volkes vollziehe.

Der Minister stellte gleichzeitig in Aussicht, daß die gesetzliche Anerkennung der neuen Kirche durch ein Reichsgesetz noch in dieser Woche erfolgen werde.

Mit der nunmehr erfolgten Vollendung des Verfassungswerkes wurde die Grundlage zur Beilegung der kirchlichen Meinungsverschiedenheiten besonders in Preußen geschaffen, und die morgen aufgrund der angenommenen Verfassung einsetzenden Verhandlungen werden in der kürzesten Zeit auch die tatsächliche Einigung, die theoretisch schon durch die Verfassungsannahme besiegelt ist, herbeiführen.

## Ausbau der Volksaufklärung und Propaganda

Berlin, 11. Juli Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat für das ganze Reich 13 Landesstellen für Volksaufklärung und Propaganda errichtet und deren Leiter ernannt.

Diese Landesstellen umfassen jene Gebiete, die durch Wirtschaft und Eigenart ihrer Bewohner als zusammengehörig anzusehen sind. Die Einteilung ist folgende:

1. Berlin-Brandenburg-Grenzmark, umfassend die Gebiete von Brandenburg und die Grenzmark.
2. Hamburg-Schleswig-Holstein, umfassend das Gebiet von Hamburg und Schleswig-Holstein.
3. Niedersachsen-Hannover-Oldenburg, umfassend Hannover, Oldenburg und Braunschweig.
4. Westfalen-Lippe, umfassend Provinz Westfalen, Schaumburg-Lippe und Lippe-Deimold.
5. Rheinland, umfassend die Rheinprovinz, 6. Hessen-Nassau, umfassend Provinz Hessen-Nassau.
7. Baden-Württemberg, umfassend die Länder Baden und Württemberg.
8. Bayern, umfassend das Land Bayern.
9. Mitteldeutschland, umfassend Provinz Sachsen und die Länder Thüringen und Anhalt.
10. Sachsen, umfassend das Land Sachsen.
11. Schlesien, umfassend Ober- und Niederschlesien.
12. Ostpreußen, umfassend Provinz Ostpreußen.
13. Pommern-Mecklenburg, umfassend Pommern, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sowie Lübeck.

In diesen Gebieten werden weiter 18 Nebenstellen errichtet werden.

Zu Leitern der Landesstellen werden langjährig erprobte nationalsozialistische Werber ernannt, denen je zwei Sachbearbeiter zur Seite stehen.

Neben der Durchführung der Anordnungen des Reichspropagandaministeriums liegt den Landesstellen die Führung mit der breitesten Öffentlichkeit der Bevölkerung ihrer Gebiete ob, und es ist ihre besondere Aufgabe, an der großen geistigen Umgestaltung des deutschen Volkes richtunggebend mitzuwirken.

## 18,000 politische Häftlinge

Berlin, 11. Juli (A.A. nach WTB.) Eine ausländische Nachrichtenagentur hat die Nachricht verbreitet, dass die Zahl der politischen Häftlinge in Deutschland 100.000 betrage.

Dazu wird amtlicherseits mitgeteilt, daß die Zahl der Personen, die sich in Deutschland zur Zeit in Schutzhaft befinden, 18.000 beträgt, darunter ungefähr 12.000 in Preußen.

## "Nordische Zeitung"

Berlin, 11. Juli (A.A. nach WTB.) Heute erschien zum ersten Male die „Nordische Zeitung“.

In der Darlegung seiner Grundsätze hebt das Blatt hervor, daß das deutsche Blut und der deutsche Boden zu Nord-europa gehöre und daß schon allzulange Zeit der Einfluß Südeuropas, besonders der Kultur der Mittelmeerländer, in Deutschland herrsche. Man müsse der blinden Verehrung alles dessen, was aus dem Osten oder Süden kommt, Einhalt gebieten und wieder mit den aus dem nordischen Boden hervorquellenden Kräften Berührung suchen.

## 2 Millionen Arbeitlose weniger

### Deutschland in der Frage der Arbeitsbeschaffung führend

Berlin, 12. Juli Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat einen Bericht über die Weiterarbeitslosigkeit veröffentlicht und kommt darin zu der besonders beachtlichen Feststellung, daß Deutschland, das Deutschland Adolf Hitlers, führend ist im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Der Bericht weist nach, daß die Arbeitslosigkeit im letzten Jahre gestiegen ist in den Vereinigten Staaten, in England, Dänemark, Holland, Italien, in besonderem Maße in der Tschechoslowakei, wo sie im vergangenen Jahre um um 52 v. H. anstieg, in Schweden, wo eine Vermehrung um 65 v. H. eintrat, in Estland und Irland, wo eine Erhöhung um 75—82 vom Hundert zu verzeichnen ist.

Unter den Ländern, die einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben, steht nach den gewöhnlichsten sächlichen Genfer Feststellungen Deutschland an der Spitze!

Dabei hat es in der Auslandsprelle nicht an versteckten und offenen Hinweisen und Andeutungen gefehlt, in denen zum Ausdruck kam, daß die vom Reich veröffentlichten Arbeitslosenziffern vielleicht nicht ganz richtig seien, mit anderen Worten, daß die von den deutschen Statistiken ausgewiesene Verminderung der Arbeitslosenzahl eine bewußte Fälschung darstelle!

Mit Bezug auf die Rede Adolf Hitlers, in der er darauf hinwies, daß seit der Arbeit der nationalsozialistischen Regierung in Deutschland die Arbeitslosenzahl um 2 Millionen zurückgegangen sei, wurde in der feindlich gesinnten Auslandsprelle eine derartige Äußerung noch in demselben Augenblick gewagt, in dem das Internationale Arbeitsamt zugeben muß, daß Deutschland mit seiner nationalsozialistischen Regierung am besten gegen die Arbeitslosigkeit vorgegangen ist!

Noch vor wenigen Wochen erkühnten sich Vertreter der 2. Internationale, dem Führer der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, in Genf das Recht abzuspüren, im Namen der deutschen Arbeiterschaft zu reden, welche amnestische Äußerungen den stürmischen Widerhall von Millionen deutscher Arbeiter hervorrief.

Jetzt ist diese unerhörte Äußerung durch die Feststellung des Internationalen Arbeitsamtes widerlegt!

Adolf Hitler führt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit!

Schon nach wenigen Monaten sind so die Früchte des Vertrauens, das vom deutschen Volke in den Nationalsozialismus gesetzt wurde, zu sehen!

## Der Papst ausserhalb Roms

Vatikanstadt, 11. Juli (A.A.) Der Papst verließ gestern um 17 Uhr zum ersten Male Rom und begab sich im Automobil, von mehreren anderen Wagen begleitet, nach Castel-Gandolfo, wo der Sommeritz des Papstes nach den Lateranverträgen ganz neu hergerichtet wurde.

Um 17.45 Uhr traf der Papst, in schwarzem Mantel, weißen Gewande und roter Tiara in Castel-Gandolfo ein, ohne daß es bei der Bevölkerung Aufsehen erregte, weil die Ankunft nicht bekanntgegeben war.

Am Abend kehrte der Papst wieder nach der Vatikanstadt zurück.

## Dr. Schacht wieder in London

London, 11. Juli (A.A.) Reichsbankpräsident Dr. Schacht traf mit dem Flugzeug aus Berlin ein.

## Russische Denkschrift

London, 11. Juli (A.A.) Die russische Abordnung unterbreitete der Weltwirtschaftstagung eine Denkschrift, in der gefordert wird, unabhängig von den etwa zu fassenden Beschlüssen folgende Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

1. Ein wirtschaftlicher Nichtangriffspakt;
2. Erweiterung der Einfuhrmöglichkeiten verschiedener Länder und Feststellung der Bedingungen, unter denen eine solche Erweiterung möglich ist.

In der Denkschrift wird auf die Möglichkeit, die russischen Einfuhren unter gewissen Voraussetzungen zu steigern, angespielt.

## Henderson in Paris

Paris, 11. Juni Der Vorsitzende der Genfer Abrüstungsvorstung, Henderson, hatte heute längere Unterredungen mit dem französischen Ministerpräsidenten Daladier und Außenminister Paul-Boncour.

Gegenstand der Besprechungen waren Fragen der Materialüberwachung und der privaten Waffenherstellung.

## Verhaftungen in Danzig

Danzig, 11. Juli (A.A.) Die Danziger Polizei verhaftete den früheren sozialistischen Abgeordneten, Lehrer Preuß wegen Beleidigung Hitlers und des Nationalsozialismus vor Schülern.

Ebenso wurde der kommunistische Volkstanzgeordnet Serotzky verhaftet.

## Tewfik Rüşdi Bei in Rom

Rom, 11. Juli (A.A.) Der türkische Außenminister Dr. Tewfik Rüşdi Bei, der von Paris nach Wien fuhr, wird heute Abend in Rom erwartet.

Es trifft zu, daß die gestern zwischen Mussolini und dem Sowjetbotschafter geführte lange Unterredung und das Gerücht über den bevorstehenden Besuch des russischen Außenkommissars Litwinoff in Rom sowie die Romreise des türkischen Außenministers Tewfik Rüşdi Bei im Zusammenhang mit den Gerüchten über Verhandlungen zum Abschluß eines russisch-italienischen Nichtangriffspaktes stehen.

Rom, 11. Juni Der italienische Ministerpräsident empfing heute den in Rom weilenden türkischen Außenminister Tewfik Rüşdi Bei zu einer Unterredung, in der die aufgrund des türkisch-italienischen Freundschaftsvertrages durchzuführende Politik beider Länder erörtert wurde.

Die Unterredung zwischen Mussolini und Tewfik Rüşdi Bei dauerte außerordentlich lange.

Nach den Gerüchten, die von der italienischen Presse wiedergegeben werden, soll Rußland auch mit Oesterreich den Abschluß eines Nichtangriffspaktes planen.

## Rudolf Nadolny 60 Jahre

Am heutigen Tage begeht unser Botschafter seinen 60. Geburtstag, zu dem die „Türksche Post“ und mit ihr alle Deutschen in der Türkei ihm ihre ehrerbietigsten Glückwünsche aussprechen. In seiner langjährigen Tätigkeit am Bosphorus und im anatolischen Hochland hat Rudolf Nadolny für jeden Einzelnen von uns Deutschen, mag er sich dessen bewußt sein oder nicht, so unendlich viel getan, hat weit über seinen eigentlichen Amtsbereich hinaus Wirkungen ausgeübt, daß wir freudig diese Gelegenheit benutzen, um ihm hier dafür auch unseren Dank auszusprechen.

Rudolf Nadolny wurde am 12. Juli 1873 in Groß-Stürlack in Ostpreußen als Sohn eines Gutsbesitzers und Nachkommen eines seit vielen Jahrhunderten jenseits der Weichsel ansässigen bauerlichen Geschlechtes geboren. Er besuchte die Gymnasien von Lötz und Rastenburg und bezog die Universität seiner Heimatprovinz, die alte Philosophenstadt am Progel, Königsberg, um Rechtswissenschaft zu studieren. Im Jahre 1902 trat Nadolny als Assessor in den auswärtigen Dienst ein, und wurde bereits im folgenden Jahre als Vizekonsul dem Generalkonsulat in Petersburg zugeteilt, wo er 4 Jahre lang Gelegenheit nahm, sich mit den Osträgern der deutschen Politik vertraut zu machen. Nach fünfjährigem erneuten Aufenthalt in Berlin finden wir ihn als Mitglied des Internationalen Ueberwachungsausschusses für Albanien und später als Geschäftsträger ebendort wieder. Bei Kriegsausbruch kehrte Nadolny für kurze Zeit nach Berlin zurück, um bereits im Jahre 1916 wieder, als unser Gesandter in Teheran, Prinz Reuß, sich vor den anrückenden Russen nach Kum begeben hatte, in der irrigen Hoffnung, die persische Regierung würde ihm und seinem österreichischen Kollegen, dem Grafen Logotheti, dahin folgen, zum Geschäftsträger in Teheran ernannt zu werden. Vergeblich indes waren die Versuche des deutschen Diplomaten, im Gefolge der türkischen und deutschen militärischen Streitkräfte oder auch durch sie hindurch seinen Posten in der Landeshauptstadt zu erreichen. Aus jenen Monaten aber datieren Nadolnys besonders genaue Kenntnisse von Land und Leuten in Vorderasien, die seinem Vaterlande späterhin zugute kamen.

## Die türkische Handelspolitik

London, 10. Juli (A.A.) In der vorgestrigen Sitzung des handelspolitischen Unterausschusses der Londoner Weltwirtschaftstagung gab die türkische Abordnung folgende Erklärung ab:

Die türkische Abordnung hat mit größtem Interesse und ganz besonderer Aufmerksamkeit die Darlegung der Gesichtspunkte der verschiedenen Abordnungen hinsichtlich der Frage der Zolltarife und der damit unbillig verbundenen Frage der Auslegung der Meistbegünstigungsklausel verfolgt.

Der Aufforderung der Vorsitzenden der Tagung entsprechend, der die verschiedenen Abordnungen hat, ihre Überzeugung in diesen wichtigen Fragen zum Ausdruck zu bringen, haben wir uns bereit, unseren Standpunkt mit aller Offenheit, die die Bedeutung des Gegenstandes erfordert, auseinanderzusetzen:

Wir sind aufrichtig der festen Überzeugung, daß man sowohl, was die langsame Abschaffung der Kontingentierung als auch die schrittweise Aufhebung der Beschränkungen des Devisenverkehrs sowie die Herabsetzung der Zölle anbelangt, nur durch zweiseitige Verträge auf die Dauer günstige Ergebnisse erzielen kann.

Die Lehren und Erfahrungen, die sich aus den tatsächlichen Verhältnissen den gegenwärtigen Wirtschaftslagen ergeben, nötigen uns, uns auf allen Gebieten unserer Handelspolitik der zweiseitigen Methode zuzuwenden.

Für zweiseitige Handelsverträge In der Überzeugung, daß es im Wirtschaftsleben der Völker ein undurchführbarer Irrglaube ist, und noch dazu einer der verhängnisvollsten, immer nur verkaufen zu wollen, ohne selbst zu kaufen, haben wir uns, übrigens bereits vor Einberufung der Weltwirtschaftstagung, entschlossen, uns mit den Ländern, die mit uns Handel treiben, in Verbindung zu setzen, um unsere Handelsbeziehungen möglichst durch zweiseitige Verhandlungen zu entwickeln. Stets haben wir uns bei unseren Verhandlungen von positiven Bestrebungen der Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen nicht nur auf dem Gebiete der Ausfuhr leiten lassen.

Unsere Meinung nach besteht die größte Schwierigkeit darin, daß man die Erschütterungen der Wirtschaftslage abzuwehren will, während man jedoch in Maßnahmen stecken oder vielmehr festsitzt, die in normalen Zeiten getroffen wurden, und nach den Grundsätzen, die in normalen Zeiten richtig sind.

Um die Auslegung der Meistbegünstigungsklausel Vor allem die strenge Auslegung der Meistbegünstigungsklausel verhindert eine mehr oder weniger geschmeidige Anpassung an die Erfordernisse der gegenwärtigen Wirtschaftslage.

Wir sehen uns genötigt, offen zu gestehen, daß ein Teil dieser Maßnahmen in der Mehrzahl der Länder scheitert, die sie zur Anwendung gebracht haben; und zwar scheitern diese Maßnahmen an der gebieterischen Notwendigkeit, das unbedingte, klassische Spiel der Meistbegünstigungsklausel in der ungewöhnlichen Zeit, in der wir leben, auszuschalten.

Wir bitten den Unterausschuss von neuem, das Problem genau zu prüfen, und zwar nicht nur abstrakt, sondern mit Wirklichkeitsbewusstsein, und für diese Klausel eine Auslegungsmöglichkeit zu finden, die eine Anpassung an die gegenwärtigen ungewöhnlichen Verhältnisse gestattet.

Mit großer Befriedigung haben wir festgestellt, daß die Abordnungen der Länder, die den Vertrag von Uchuy unterzeichnet haben, ebenfalls auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, eine neue, biegsamere Auslegung zu finden.

Man muß offen zugeben, daß unser Land, wie überhaupt alle Länder, deren wirtschaftlicher Aufbau unserem Lande ähnlich ist, und deren gibt es viele, — gezwungen ist, seine Kaufkraft und Aufnahmefähigkeit in den Ländern vorzubehalten, die seine Erzeugnisse abnehmen.

Diese Wirtschaftsauffassung ist für uns eine Lebensnotwendigkeit. Um verkaufen zu können, sind wir gezwungen, zu kaufen. Und wie gestaltet sich unsere Lage, wenn wir in Ländern einkaufen, die nicht unsere Abnehmer sind? Warum soll man nicht diese Frage mit aller erforderlichen Offenheit behandeln? Klassische, theoretische Bedenklungen können keinesfalls unserem Uebel abhelfen.

Man muß beobachten, daß man einseitige Maßnahmen aufrecht erhält, die nur in normalen Zeiten richtig sind, andererseits sich bemüht, die Wirkungen durch mittelbare, verhehlte Maßnahmen aufzuheben. Diesen Widerspruch sollte die Londoner Tagung beseitigen.

Wir empfehlen also die Annahme des Systems der zweiseitigen Verträge, um dem internationalen Handel wenigstens teilweise Luft zu machen, und freuen uns feststellen zu können, daß dieses System seit Beginn der Tagung bereits die Zustimmung zahlreicher Abordnungen gefunden hat. Selbst solche, die es bemängelt hatten, haben seine Wirksamkeit anerkannt. Der einzige Einwurf war der, daß dieses System, wenn es auch wirksam sei, zuviel Zeit erfordere.

Die mehr- und allseitigen Verträge sollten als Ergänzung dienen.

Aufgabe einer so ansehnlichen Wirtschaftstagung wie dieser wäre es nach unserer Ansicht, die Bedingungen vorzubereiten und festzulegen, die es dem System zweiseitiger Verträge gestattet, möglichst förderlich zu wirken. Als Grundlage seiner Arbeiten sollte der Unterausschuss die Meistbegünstigungsklausel annehmen.

Wir glauben, daß die Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit auf zollpolitischem Gebiet mit der politischen Unabhängigkeit eines Landes eng verknüpft ist. Der Zolltarif ist der Ausdruck der Handelspolitik und der wirtschaftlichen Bedürfnisse eines Landes. Man sollte nicht daher nicht in eine Frage einmischen, die so eng mit der Zukunft eines Landes verflochten ist. Wir erkennen wohl an, daß die Zollfrage nicht nur eine nationale Frage ist, sondern wegen ihrer Rückwirkungen internationalen Charakter hat, glauben jedoch, daß diese Festlegung noch nicht eine Einmischung in diese Politik rechtfertigt. Einwirkungen auf den Zolltarif eines Landes dürfen nur in Gestalt von zweiseitigen Verhandlungen zum Zwecke gegenseitiger Zugeständnisse erfolgen.

(Fortsetzung Seite 3)